### Translation Sample

### Politisches Risiko

Wenn Unternehmen beabsichtigen, ihre Geschäfte in einem fremden Land zu tätigen, müssen sie zunächst das damit verbundene politische (d. h. länderspezifische) Risiko des betreffenden Landes bewerten. Kurz gesagt ist dies das Risiko, dass sich die Rendite einer Investition aufgrund politischer Entscheidungen, Ereignisse oder Bedingungen verschlechtern könnte (Matthee, 2011). Es gibt verschiedene Arten politischer Risiken, die aus dem politischen und rechtlichen Umfeld entstehen.

Das erste politische Risiko, mit dem ein Unternehmen, das auf ausländischen Märkten tätig ist, konfrontiert werden könnte, ist die Verhängung von Handelsbarrieren durch die Regierung. Eine ausländische Regierung könnte beispielsweise Zölle auf Importe einführen, um den heimischen Arbeitsmarkt vor Importen zu schützen und die wertschöpfenden Aktivitäten im Inland zu steigern. Dies würde einem Unternehmen schaden, das seine Waren auf diesen ausländischen Markt exportieren möchte, weil die besteuerten Importe diese Waren teurer machen. Das zweite Risiko, typisch für Entwicklungsländer, sind unsichere Eigentumsrechte. Eine staatliche Übernahme von Vermögenswerten aufgrund unsicherer Eigentumsrechte kann verschiedene Formen annehmen:

* Konfiszierung ist die Beschlagnahme von Unternehmens- oder Privatvermögen ohne Entschädigung. Robert Mugabe beispielsweise, der damalige Premierminister von Simbabwe, konfiszierte in den 1980er Jahren mehr als 5.000 Farmen, deren Eigentümer Landwirte europäischer Abstammung waren, und verteilte das Land an gebürtige Simbabwer (Cavusgil et al., 2014). Heute stellt Beschlagnahme noch immer ein Risiko für die Bergbauindustrie in Entwicklungsländern dar.
* Enteignung ist die Beschlagnahme von Unternehmens- oder Privatvermögen mit Entschädigung. 2008 wurde ein russisches Tochterunternehmen von British Petroleum, bekannt als TNK-BP, dahingehend unter Druck gesetzt, einen Großteil seines Ölgeschäfts an Rosneft, das nationale Energieunternehmen in Russland, zu verkaufen. Dies war auf den politischen Druck der russischen Regierung zurückzuführen (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).
* Verstaatlichung ist die Beschlagnahme eines kompletten Sektors. Zwar kann in einigen Fällen eine Entschädigung angeboten werden, dies ist jedoch nicht garantiert. Beispielsweise wurden große Teile der bolivianischen mineralgewinnenden Industrie vom Staat ohne Entschädigungsangebot verstaatlicht (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).